Nummer 313 | Halle, Donnerstag, 2. November 1922 | 57. Jahrgang
Einzelpreis: Zehn Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 190.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 190.00, in den Ausgabestellen abgeholt Mark 180.00 monatlich. Die achtspaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 12.00, im auswärtigen Verkehr Mark 15.00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 40.00 im Ortsverkehr und Mark 50.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1 a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelzentrale: Sammelnummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Stechner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Dr. Hermes über die Markbefestigung.

Die Repsoverhandlungen / Der Dollar steigt auf 4800!
Die Einheitsfront der Beamten und Staatsarbeiter zerbrochen.

Das Stabilisierungsproblem.

Dr. Havensteins Forderungen.

In den großen Konferenzen dieser Tage spielt die Aufgabe der Stabilisierung der Mark eine Hauptrolle. Dieser Aufgabe widmet sich nicht nur die Reparationskommission in Verbindung mit den Finanzsachverständigen der Reichsregierung, sondern auch die Beratung mit den ausländischen Finanzministern und eine kleine Konferenz von deutschen Finanzmännern und Parteipolitikern. Schon dieser große Apparat zeigt die Schwierigkeiten der Aufgabe. Wenn das Konzilium der Aerzte am Krankenbett der Mark einig wäre über die anzuwendenden Mittel, könnte ein Erfolg schnell erzielt werden. Aber an dieser Einigkeit fehlt es leider. Vor allem sind noch große Meinungsverschiedenheiten unter den inländischen Sachverständigen und Politikern. Die Rede, die der Vorsitzende des Reichsbankdirektoriums, Dr. Havenstein, soeben im Zentralausschuß der Reichsbank gegen die bekannten Pläne des Reichswirtschaftsministeriums gehalten hat, geben nun auch der breiten Oeffentlichkeit Kunde von den abweichenden Ansichten in diesen Kreisen.

Dr. Havenstein ist mit vielen anderen der Ansicht, daß der schlechte Markkurs nur ein äußeres Symptom für die schlechte politische und wirtschaftspolitische Lage Deutschlands ist, und daß es keinen Zweck habe, am Barometer herumzudoktern, wenn die Wetterlage schlecht sei. Er glaubt, daß eine Markstabilisierung nur möglich sei, wenn folgende Voraussetzungen vorher erfüllt würden: Herabsetzung der Reparationslasten, langfristiges Moratorium, Steigerung der Arbeitsleistung, Einschränkung der Ausgaben, Ausgleichung des Budgets und Besserung der passiven Handelsbilanz durch Hebung der Ausfuhr und Einschränkung der Luxuseinfuhr. Erst wenn dieses Programm durchgeführt werde, könne man mit Aussicht auf Erfolg an die Stabilisierung der Mark herangehen. Dagegen sei es ganz zwecklos und wirtschaftspolitisch unverantwortlich, vorher schon die allerletzte Reserve des deutschen Wirtschaftslebens, den geringen Goldschatz der Reichsbank, zur Stabilisierung der Mark etwa durch Bereitstellung eines größeren Devisenfonds für Interventionen einzusetzen. Das Reichswirtschaftsministerium mit seinem Unterstaatssekretär Hirsch und dem Minister Schmidt sieht dagegen das Heil in der Verwendung des Goldschatzes, und die Sozialdemokratie gab sich dieser Auffassung im wesentlichen angeschlossen. Die Gegensätze werden durch öffentliche Diskussionen kaum überwunden werden. Dagegen bietet, wie wir hören, die interne Aussprache in dem kleinen Sachverständigenausschuß, der andauernd berät, doch einige Aussicht auf allmähliche Annäherung der Meinungen. Man muß hoffen, daß sich bald eine Einheitlichkeit in dieser Konferenz ergibt, die es ermöglicht, den ausländischen Finanzautoritäten und der Reparationskommission übereinstimmende deutsche Vorschläge zur Stabilisierung der Mark zu unterbreiten.

Die Reparationsverhandlungen.

Berlin, 2. November. (Eig. Drahtmeldung.) Ueber die gestrige Besprechung zwischen den Vertretern der Reparationskommission und der Reichsregierung wird halbamtlich mitgeteilt: „In der Besprechung, die zwischen den Mitgliedern der Reparationskommission und den Delegierten der deutschen Regierung stattfand, entwickelte der Reichsminister der Finanzen seine Auffassung über die Umstände, die in Betracht gezogen werden müßten, wenn einer weiteren Verschlechterung der Mark nachhaltig und mit Erfolg entgegengetreten werden soll, und die zugleich maßgebend sein würden, um ein richtiges Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushalt herzustellen. Die Verhandlungen werden morgen nachmittag fortgesetzt.

Berlin, 2. November. (Eig. Drahtmeldung.) Heute nachmittag 3 Uhr werden die Beratungen im Reichsfinanzministerium unter dem Vorsitz von Dr. Hermes weitergeführt werden, und man gedenkt sich zunächst mit dem deutschen Voranschlag für 1923 zu befassen, über den voraussichtlich Staatssekretär Schröder ausführlich berichten wird. Es ist möglich, daß in der heutigen Sitzung Herr Parisius zu einer längeren grundsätzlichen Erwiderung das Wort ergreifen wird. Man nimmt in unterrichteten Kreisen an, daß die Reparationskommission irgendwelche Entscheidungen in Berlin selbst nicht treffen wird. Ueber die Frage einer internationalen Reparationsanleihe und eines Moratoriums im besonderen wird die Reparationskommission diesmal wahrscheinlich gar nicht verhandeln, vielmehr die Diskussion dieser Probleme der großen Brüsseler Finanzkonferenz überlassen.

Lourcheur will Deutschland für bankerott erklären.

Paris, 2. November. Lourcheur wird in der nächsten Woche, wie er gestern einem Vertreter des „Neuyork Herald" mitteilte, in der Kammer eine Rede halten und beantragen, daß Deutschland für bankerott erklärt werde, damit es gerettet werden könnte. Diese Bankerotterklärung müsse sofort erfolgen, damit eine schwere politische Krise abgewendet und das deutsche Volk gerettet werde. Die gegenwärtige Lage sei außerordentlich schwierig, woran aber Deutschland nicht unschuldig sei. Rathenau habe vor einem Jahre gegenüber Lourcheur erklärt, daß die Noteninflation die einzige Lösung bedeute. Lourcheur wollte ihm aber überzeugen, daß diese Inflation zu einem Unglück führe. Frankreichs größter Fehler sei es gewesen, daß es mit der Bankerotterklärung solange gewartet habe. Vor einem Jahre hätte sie bereits erfolgen müssen. Loucheur ist überzeugt, daß Deutschland durch diesen Gewaltschritt in einem Jahre auf neuer Grundlage auferstehen könne, worauf man dann einen neuen Plan für die Reparationszahlungen ausarbeiten könne.

Der Kanzler bei den Finanzexperten.

Berlin, 2. November. (Eig. Drahtmeldung.) Heute Vormittag um 10 Uhr hat Reichskanzler Dr. Wirth die von ihm einberufene Konferenz der ausländischen Finanzexperten mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Die Sachverständigen sind bereits seit gestern Abend vollzählig in Berlin anwesend und waren gestern Gäste beim früheren Schatzminister v. Raumer, wo sie mit deutschen Finanz- und Industriegrößen zusammenkamen.

Fortgesetzte sozialistische Drohungen.

Berlin, 1. November. An der Sitzung der Unterkommission zur Prüfung der Währungsfrage nahmen die bisherigen Vertreter der Koalitionsparteien sowie der Deutschen und Bayerischen Volkspartei teil. In der Sitzung ließen die Sozialdemokraten nochmals erkennen, daß sie an der von ihnen geplanten Stützungsaktion festhalten und daß sie, wenn die bürgerlichen Parteien diese Aktion nicht unterstützen, ihnen die Verantwortlichkeit in der Regierung allein überlassen würden.

25prozentige Aufbesserung der Beamtengehälter.

Berlin, 2. November. (Eig. Drahtmeldung.) In den Verhandlungen über die Regelung der Novemberbezüge der Beamten, die heute im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Beamtenverbände stattfanden, erklärte, wie der „Telegraphen-Union" erfährt, der Vertreter des Reichsfinanzministeriums die von allen Verbänden erhobenen Forderungen wegen ihrer Höhe als völlig unannehmbar. Er machte sodann von der Regierungsvorlage Mitteilung, die eine Erhöhung des gesamten Teuerungszuschlags zum Grundgehalt, Ortszuschlag und Kinderzulagen von 11 auf 49 Prozent vorsieht und eine 25prozentige Erhöhung der Gesamtbezüge darstellt. Die Vertreter der Organisationen erklärten sich mit diesem Angebot einverstanden unter der Voraussetzung, daß die hier getroffene Regelung nur als eine vorläufige anzusehen sei, und daß es den Organisationen vorbehalten bleiben müsse, zu einem späteren Zeitpunkt über die endgültigen Novemberbezüge mit der Regierung zu verhandeln. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums nahm dies zur Kenntnis. Die Regierungsvorlage wird nunmehr nach Zustimmung des Kabinetts dem Reichsrat und dem Reichstag zugehen.

Nach den gestern abgeschlossenen Vereinbarungen der Reichs- und Staatsarbeiter erhalten im November die Handwerker für die Stunde 117 Mark, die Vorarbeiter 120, die Werkführer 123, ungelernte Arbeiter 107 M.

Spaltung bei den Spitzenverbänden.

Am Dienstag nachmittag fand in Berlin eine Besprechung sämtlicher Spitzenorganisationen der Beamten- und Arbeiterschaft des Reiches, ausgenommen des christlichen deutschen Gewerkschaftsbundes, über die neue Teuerungsaktion statt. Die Frage, ob auch künftighin die Teuerungsaktionen für Beamte und Arbeiter gemeinsam gemacht werden sollen, wurde von den Vertretern des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes bejaht. Die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes verneinten dies und erklärten, ihr neues Programm gehe dahin, den Zusammenhang in Beamten- und Arbeiterfragen zu lösen. Auf diese Aeußerung hin wurde von den Vertretern des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes die Einheitsfront der Beamten und Arbeiter als gesprengt erklärt. Sie verließen gemeinsam mit den Vertretern des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes die Versammlung.

Wiederzusammentritt des Reichstages verschoben.

Berlin, 2. November. (Eig. Drahtmeldung.) Mit Rücksicht auf die schwebenden Reparationsverhandlungen wird der Reichstag, der ursprünglich auf den 7. November einberufen war, erst einige Tage später zusammentreten. Für den Zusammentritt ist der 13. November in Aussicht genommen. Der Aeltestenrat tritt heute zusammen, um sich über den endgültigen Termin schlüssig zu werden.

810facher Druckpapierpreis. Halbamtlich wird mitgeteilt: Nach Verhandlungen über den Druckpapierpreis für November erklärte der Vertreter des Reichswirtschaftsministers einen Preis von 187 Mark abzüglich der auf etwa 25 Mark je Kilogramm zu berechnenden Rückrechnung der Holzstoff- und Zellstoffverbände für angemessen. Somit hat der Druckpapierpreis das 810fache des Friedenspreises erreicht.

Der Ruf nach Aktivität!

Es war auf der Brüsseler Finanzkonferenz, wo der als amerikanischer Beobachter jetzt mit der Reparationskommission in Berlin weilende Herr Boyden den europäischen Vertretern die Worte zurief: „Schafft erst Ordnung in Eurem eigenen Hause durch eigene Kraft! Macht es, wie wir es gemacht haben! Das Rezept ist einfach: Schließt Euch zusammen zu den Vereinigten Staaten von Europa! Am Sieger ist es, dem Besiegten die Hand zu reichen. Aber Geld von uns? Nur keine überflüssigen Illusionen! Das haben wir nicht dazu erworben, um es in faulen Geschäften wieder aufs Spiel zu setzen!" Seitdem Herr Boyden diese Worte sprach, sind just zwei Jahre ins Land gegangen. Die Vereinigten Staaten von Europa sind ein Traum; die Mahnung, daß der Sieger dem Besiegten die Hand reichen solle, noch heute eine unerfüllte Hoffnung, und die Erwartung, daß die Vereinigten Staaten das Gleichgewicht des europäischen Haushalts durch Schuldennachlaß oder aktive Stützungspolitik in Ordnung bringen werden, noch heute eine „überflüssige Illusion". Gerade jetzt wieder wird aus dem Weißen Hause erklärt, daß ein Schuldenerlaß keine Lösung des Problems darstelle. Die Mahnungen Boydens, die noch heute Allgemeingültigkeit haben, sind fruchtlos geblieben. Die Verlumpung des europäischen Wirtschaftslebens hat ungeahnte Fortschritte gemacht, die Fieberhitze ist bis auf tödliche Grade gestiegen und die Blutzirkulation beginnt zu stocken, wenn nicht endlich tatkräftig Hand angelegt wird. Die Frage ist berechtigt, ob wir seitdem selbst alles getan und nichts unterlassen haben, um Ordnung in unserem Hause durch eigene Kraft zu schaffen.

Gewiß — an gutem Willen hat es der Reichsregierung nicht gefehlt. Unzählige Versuche sind gemacht worden. Die Zahl der Beratungen am Krankenbette des deutschen Wirtschaftskörpers, der Gesetze und Verordnungen, kurz der Medikamente, darunter auch falscher (wie z. B. die Devisenverordnung, mit deren Abänderung, nebenbei gesagt, die Arbeitsgemeinschaft sich keinesfalls für die Zukunft festgelegt und nur bis zum Erlaß eines Devisengesetzes einverstanden erklärt hat) ist unübersehbar. Aber niemals ist man der Krankheit im Ganzen zuleibe gegangen, sondern nur einzelnen ihrer Symptome. Niemals wurde an dem Patienten eine Radikalkur versucht, sondern nur mit Palliativmitteln operiert, mit Vorbeugungsmaßnahmen, damit die Krankheit nicht weitere Teile des Körpers ergreife, und Mixturen, die nicht kräftig genug waren, den fortgeschrittenen Krankheitsprozeß aufzuhalten. Kurz gesagt; man hat wohl stets das Siechtum zu bekämpfen gesucht, aber nicht die Krankheit. Was uns fehlte und fehlt, ist ein entschlossener Arzt oder anders ausgedrückt: Aktivität. Jetzt plötzlich sucht man sie zu entwickeln. Regierung und Parteien treten mit Programmen auf, und das zu einer Zeit, die so ungünstig wie nur möglich ist. Da gleichzeitig die Reparationskommission, ausländische Sachverständige und inländische Experten in Berlin versammelt sind und in getrennten Sitzungen über denselben Heilungsprozeß beraten. Keine eben glänzende Regie. Statt eines einheitlichen, geschlossenen Willens des deutschen Volkes sehen sie vielköpfige Meinungen. Kindlich, wenn die Sozialdemokraten behaupten, mit dem Hilferdingschen Währungsprogramm allein den Stein der Weisen gefunden zu haben. Gewiß ist die Stabilisierung der Mark mit das vornehmste Ziel. Aber das Währungsproblem ist untrennbar von dem Wirtschaftsproblem, ist nicht die Aktion, sondern nur ein aktives Programm auf dem Gebiete der Reparation. Zum mindesten müssen beide parallel gehen. Allein es durchzuführen, ist undenkbar. Eine Stabilisierung der Währung auf dreieinhalb Monate oder auch für diesen Winter ist ein Unding. Auch Reichsbankpräsident Havenstein hat soeben erklärt, daß einer auf diese Weise erzielten vorübergehenden Besserung ein um so rapiderer Absturz folgen müßte. Was uns fehlt, ist nicht allein ein Währungsprogramm, sondern ein innerpolitisches, ein außenpolitisches und ein Wirtschaftsprogramm. Nicht nötig, daß sich damit jetzt die Repko oder auch die kommende Brüsseler Konferenz ohne weiteres einverstanden erklärt. Aber die Welt muß einmal sehen, daß wir wenigstens ein Programm haben, daß wir selbst brauchbare Heilversuche machen.

Die Mark fällt immer weiter, die Preise klettern ins Ungemessene. Mit dem Gehen- und Geschehenlassen ist nichts getan. Die Erbitterung im Volke ist längst in Verbitterung umgeschlagen. Sie treibt Wasser auf die Mühlen der extremen Flügelparteien, die aus dieser Giftblüte Honig saugen. Die Spuren Italiens schrecken. Man darf vom Volke nicht immer nur Geduld verlangen, muß ihm endlich auch etwas bieten, muß die Führung in der Hand behalten. Der Schmied der deutschen Wirtschaft muß Hammer sein, nicht Amboß, muß Kraft haben zur Führung und Durchsetzung von Notwendigkeiten. Wir können jetzt keine Krisen innerhalb des Reichskabinetts und innerhalb der politischen Parteien brauchen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221102011/fragment/page=0001

Die wirtschaftliche Problematik braucht Männer, braucht Köpfe. Wenn sie nicht vorhanden sind, müssen sie gesucht werden. Es ist höchste Zeit, daß der parteipolitische Streit zurücktritt und die Parteien sich auf ein einziges starkes aktives Programm einigen. Darin wird nicht fehlen dürfen die strenge Forderung auf Ersparnisse. Nicht fehlen wird dürfen die unbedingt notwendige Steigerung der Produktion. Niemand denkt an einen Abbau des Achtstundentages. Aber der schematische Achtstundentag ist ein Hemmschuh unserer Wirtschaft. Die Gewerkschaften haben sich längst bereit erklärt, eine andere Regelung zuzulassen, sofern sie nur durch den Tarifvertrag festgesetzt wird. Nur die Sozialdemokratie als politische Partei fürchtet sich noch immer, an dieses heiße Eisen zu rühren. Aber sie muß endlich dem Gebot der Stunde sein Recht geben und auf die Massen erzieherisch und aufklärend wirken. Gewiß hat der Produktionsrückgang auch seine psychologischen Ursachen in unserer heutigen Verelendung. Aber auch Preußen hat sich groß gehungert. Jedenfalls muß endlich gezeigt werden, daß wir wollen und was wir wollen. Darum Dampf in den Kessel und entschlossene Zusammenarbeit!

Die Faszisten und Südslawien.

Abrücken von den großen Worten.

Die Faszisten haben nach ihrem leichten Siege demobilisiert und Rom verlassen. Die erste Tat der neuen Regierung Mussolini bedeutet bereits ein Abrücken von ihren großen Worten. Sie haben den Südslawen „beruhigende" Erklärungen über ihre Außenpolitik abgegeben. Wir glauben nicht, daß die Südslawen große Furcht vor kriegerischen Verwicklungen mit Italien haben, da es auch den kriegsgewohnten Serben nicht unbekannt geblieben sein dürfte, daß der einzige Sieg der Italiener im Weltkriege, der an der Piave, von dem sie mit so vielem Stolze sprechen, nur dadurch erfochten wurde, daß der Erzherzog Joseph mit seinen Ungarn die österreichische Linie verließ.

Faszistenübergriffe.

Rom, 2. November. (Eig. Drahtmeldung.) Nach der Parade haben einige Truppen der Faszisten neue Ausschreitungen begangen. Das britische und das amerikanische Generalkonsulat wurden zur Hissung der italienischen Flagge gezwungen. In ganz Italien wurden Racheakte gegen zahlreiche Sozialisten und Kommunisten verübt. Die Arbeitskammer von Rom wurde in Brand gesteckt und die kommunistischen Klubs verwüstet, wobei es drei Tote gab. In verschiedenen Orten Apuliens wurden die Arbeitskammern zerstört, wobei eine Person getötet und mehrere verletzt wurden. Im Laufe der Nacht haben 30 000 Faszisten Rom verlassen. Mussolini hat angeordnet, daß die Nachzügler bald nachgeschoben werden.

*

Mailand, 2. November. (Eig. Drahtmeldung.) In italienischen Industrie- und Börsenkreisen wird die Nachricht aus Rom von der sofortigen Wiedereröffnung der Börse mit lebhafter Befriedigung aufgenommen. Diese Maßnahme zeigt, daß die neue Regierung die Krise als überwunden betrachtet. Wie in Regierungskreisen verlautet, beabsichtigt Mussolini eine gründliche Beratung der Wahlreform durch die Kammer herbeizuführen, bevor er eine endgültige Entscheidung trifft. Es verlautet, daß die Wahlen erst im März stattfinden werden. Mussolini wird demnächst die Botschafter und Gesandten aller beim Quirinal beglaubigten Staaten empfangen. Bei den südslawischen Gesandten dürfte er dem Vernehmen nach die Beziehungen zwischen den beiden Staaten in freundschaftlichem Geiste einer eingehenden Prüfung unterziehen. In einer zweistündigen Unterredung Mussolinis mit Schanzer wurden auch die auf der Konferenz von Brüssel zur Sprache kommenden Wirtschafts- und Finanzfragen, sowie das Wiedergutmachungsproblem erörtert und die Haltung Italiens auf der Orientkonferenz in Lausanne besprochen.

Die Türkei Republik!

Paris, 2. November. (Eig. Drahtmeldung.) „Chicago Tribune" meldet aus Konstantinopel, die Nationalversammlung in Angora habe am Sonnabend die Absetzung des Sultans proklamiert. Zum Generalgouverneur von Konstantinopel wurde Kiazim Karabekir Pascha ernannt. Die Nationalversammlung hat noch keinen Nachfolger für den Sultan bestimmt, aber sich das Recht vorbehalten, einen Staatschef ohne dynastische Rechte zu wählen. Außerdem hat die Nationalversammlung das Volk für souverän erklärt und beschlossen, die Bezeichnung ottomanisches Reich durch türkischer Staat zu ersetzen, was mit der Proklamierung der Republik gleichbedeutend ist.

Wann wird die Wohnungsabgabe erstattet?

Auf eine diesbezügliche Anfrage des demokratischen Reichstagsabgeordneten Kniest-Cassel hat der Reichsarbeitsminister vor kurzem folgenden Bescheid gegeben: Nach § 10 Abs. 1 des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vom 26. Juni 1921 (Reichsgesetzbl. 773) wird die Wohnungsabgabe erstattet, wenn bei einem Abgabeschuldner die Voraussetzungen des § 44 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 in der Fassung des Gesetzes vom 24. März 1921 vorliegen und sein steuerbares Jahreseinkommen für das der Veranlagung vorausgehende Rechnungsjahr 10 000 Mark nicht übersteigt, oder wenn die Erhebung der Abgabe wegen Krankheit oder Erwerbslosigkeit des Abgabeschuldners eine besondere Härte bedeuten würde. — In § 44 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 24. März 1921 sind folgende Voraussetzungen enthalten: Der Abgabepflichtige muß über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend behindert sein, seinen Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten. Das steuerbare Einkommen muß sich hauptsächlich aus Kapitaleinkommen und aus Mieterträgen, Ruhegehalt, Witwen- und Waisenpensionen und anderen Bezügen oder geldwerten Vorteilen für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit zusammensetzen oder hauptsächlich aus einer von beiden Einkommensarten bestehen.

Durch das Abänderungsgesetz vom 6. März 1922 zum Wohnungsabgabegesetz (Reichsgesetzbl. S. 235), das am 1. April 1922 in Kraft getreten ist, sind folgende Aenderungen eingetreten: Die Grenze von 10 000 Mark ist erhöht worden auf 20 000 Mark. Ferner hat der Schlußsatz durch Einfügung der Worte „oder aus sonstigen Gründen" folgenden Wortlaut erhalten: „Oder wenn die Erhebung der Abgabe wegen Krankheit oder Erwerbslosigkeit des Abgabeschuldners oder aus sonstigen Gründen eine besondere Härte bedeuten würde."

Deutsche Hilfsbereitschaft auf See. Die Besatzung eines französischen Segelschiffes, das im Sturm auf der Fahrt von Boulogne nach Lorient untergegangen ist und auf dem auch der japanische Gesandte in Warschau reiste, wurde trotz hohen Seegangs von einem deutschen Schiffe gerettet. Ebenso hat ein Sinnes-Dampfer eine Anzahl Matrosen eines anderen in Seenot geratenen französischen Schiffes gerettet. Es ist erfreulich, daß gemeinsame Gefahr die Bruderliebe wieder erstehen läßt, und daß die Zeiten des Caralong- und des Kingstephenfalles vorüber sind, in denen es als patriotisch galt, Ertrinkende untergehen zu lassen.

Neues vom Tage

Erstaunliche Schnellleistungen.

In Southampton sind vor kurzem erstaunliche Schnelligkeitsleistungen bei der Kohlenaufnahme und Instandsetzung von Schiffen für die Abfahrt erreicht worden. So wurde das Riesenschiff „Majestic" in 30 Arbeitsstunden zu seiner Fahrt nach Neuyork fertig gemacht. Aehnliche Leistungen sind auch auf andern Gebieten schon in früherer Zeit erreicht worden. So erinnert eine englische Zeitschrift an die Wette eines Barons, der 100 Guineen zu bezahlen versprach, wenn er nicht um 7 Uhr abends in einem Anzug sich zu Tisch setzen würde, dessen Wolle an dem gleichen Tage einem Schaf abgeschoren sei. Die Vorbereitungen zu dieser Schnellarbeit wurden um 5 Uhr morgens des fraglichen Tages begonnen. Rasch war das Tier geschoren und die Wolle gewaschen. Aus der Spinnerei, in die das Material kam sofort kam, kehrte es als Tuch am Nachmittag zurück, aber noch früh genug, daß ein Schneider, der mit seinen Gesellen bereits wartete, aus diesem Stoff bis um 7 Uhr einen eleganten Anzug herstellte, und so konnte sich der Baron in diesem Kostüm um Punkt 7 an die Abendtafel setzen. Die Great Eastern Railway Company brachte es fertig, eine moderne Lokomotive mit Kohlenwagen in 9 Stunden 47 Minuten zu bauen. Die Schuhfabrikanten haben auch in dieser Hinsicht ihren Ehrgeiz. So wurden in Amerika Schuhe innerhalb von 16 Minuten angefertigt, und bei einer Ausstellung in Islington dauerte die Herstellung eines Paar Schuhe, bei der das Leder durch 63 von 63 Personen bediente Maschinen ging, 35 Minuten.

Im Beleidigungsprozeß Hermes gegen die „Freiheit" hat der Minister Hermes als Zeuge ausgesagt, daß er der Meinung war, daß er die edlen Gewächse vom Winzerverbande so billig bekommen habe, weil er glaubte, daß die Zwischenhandelsspesen weggefallen seien. So wichtig der Prozeß auch für den Minister und das innerpolitische Interesse sein mag, mag es doch als bedauerlich bezeichnet werden, daß der so oft vertagte Prozeß nicht noch länger hinausgeschoben worden ist, schon deshalb, weil der Minister an den Reparationsverhandlungen teilnehmen muß.

Der unzuverlässige Totschläger.

Ein eigenartiger Kriminalfall wird aus Berlin gemeldet: Ein schon früher häufig bestrafter Arbeiter hatte sich vor längerer Zeit durch große Ausgaben verdächtig gemacht und wurde verhaftet. Bei ihm fand man eine gefüllte Brieftasche und eine goldene Uhr, die, wie man annahm, von einem Diebstahl herstammten. In der Gerichtsverhandlung erzählte der Angeklagte eine höchst abenteuerliche Geschichte. Eines Tages sei er auf dem Tempelhofer Feld von einem elegant gekleideten Mann angesprochen worden, der ihn gebeten habe, für seine gefüllte Brieftasche und seine goldene Uhr ihm, den Fremden, mit einem Feldstein von hinten zu erschlagen. Er habe sich im Felde ein unheilbares Leiden zugezogen und sei jetzt seines Lebens überdrüssig geworden. Er wolle aber nicht, daß auf seine Familie der Makel falle, daß ein Selbstmörder zu ihr gehöre. Der Unbekannte habe dann ein inbrünstiges Gebet gesprochen und den tödlichen Schlag erwartet. Schließlich sei ihm, dem Angeklagten, aber doch der Mut entgangen und er habe Geld und Uhr an sich gerissen und sei damit davongelaufen. Begreiflicherweise fand der Angeklagte mit dieser Erzählung keinen Glauben. Zufällig jedoch öffnete einer der Briefsäcke die Brieftasche und entdeckte in dem Futter die Visitenkarte eines Fabrikbesitzers Dr. R. Er wurde vor Gericht geladen und bekundete, daß die Geschichte, die der Angeklagte vorgetragen hatte, Wort für Wort wahr sei. Er habe seinerzeit nicht den Mut gehabt, sein Leben selbst zu beenden und versucht, einen Raubmord vorzutäuschen. Der Vorsitzende wies in erregten Worten darauf hin, daß durch derartige Handlungen sehr leicht ein Justizmord entstanden wäre. Wenn nämlich sich der Angeklagte zu jener Tat verstanden hätte, so wäre lediglich eine Anklage wegen Tötung auf ausdrückliches und ernstliches Verlangen des Getöteten möglich gewesen. Tatsächlich wäre jedoch ohne weiteres eine Anklage wegen Raubmordes erfolgt, da niemand dem Angeklagten geglaubt hätte, daß sich der Sachverhalt so abgespielt habe. Das Gericht verurteilte den Angeklagten nur zu drei Monaten Gefängnis, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt angesehen werden.

Ein Forsthaus ausgeplündert. Von Dieben ist das im Walde bei Friedrichsdagen gelegene, an die Stadt Berlin übergegangene Forsthaus Alt-Krummendamm völlig ausgeplündert worden. Das Gebäude gegenwärtig unbewohnt ist, machten sich Raubgesellen darüber her und stahlen Türen und Fenster, Ofenplatten und vieles andere.

Fünf Arbeiter verbrannt. Auf dem Martinwerk bei Königshütte in Oberschlesien stürzte eine Pfanne mit glühendem Eisen um und verbrannte fünf Arbeiter. Ein Arbeiter ist an den erlittenen Brandwunden gestorben.

Für eine Million Mark Platintiegel gestohlen. Einbrecher stahlen aus der Universalfabrik chemischer Produkte in Stettin vier Platintiegel im Werte von einer Million Mark. Auf die Ergreifung der Täter sind 100 000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Englische Kriegspropaganda. Für die bevorstehende Woche zur Feier des Waffenstillstandes, die in allen Entente-Staaten festlich begangen wird, öffnet das englische Kriegsamt die Türen der Vorratskammer, in der zwei Tonnen englische Propagandafilme aus der Kriegszeit von insgesamt 400 000 Meter Länge lagern. Die Filme sollen während der Woche in ganz England in sämtlichen Lichtspieltheatern gezeigt werden. Es handelt sich dabei um Schlachtszenen, in denen zum ersten Mal englische Tanks auftreten, und um die Uebergabe der deutschen Flotte.

Ein Viertel des Kölner Grundbesitzes in ausländischem Besitz. In einer Versammlung des Kölner Haus- und Grundbesitzervereins machte man aufsehenerregende Angaben über den Verkauf von Grundstücken an Ausländer. Die Ueberfremdung in Köln hat einen ungeheuren Umfang angenommen. Bereits ein Viertel des Grundbesitzes der Stadt Köln ist im Besitze von Ausländern. In einer Entschließung wurde schärfste Verwahrung gegen die Mißachtung der Bestimmungen des Reichsmietengesetzes eingelegt und zum Ausdruck gebracht, daß durch die Festsetzung unausstömmlicher Mietszuschläge der Hausbesitz dem Ausland in die Hände gespielt werde.

Güterdiebstahl nach Millionen. In Waldenburg wurde der Rangiermeister Mehrlein unter dem Verdacht, große Veruntreuungen begangen zu haben, verhaftet. Eine Hausuchung stellte große Bestände von Diebesgut fest. Der Verhaftete betrieb einen schwungvollen Handel in Bad Salzbrunn. Seine Frau wurde ebenfalls verhaftet. — Durch den Leiter der Eisenbahnüberwachungsstelle wurde bereits vor einigen Wochen auf Bahnhof Dittersbach eine Diebesbande von zwölf Personen festgestellt. Es handelt sich um Arbeiter, die damals aus dem Bahndienst entlassen wurden. Jetzt wurden erneut Verhaftungen vorgenommen. Der Wert der gestohlenen Güter beträgt mehrere Millionen. Aus den noch vorgefundenen und beschlagnahmten Waren wurden der Reichsbahn Waren im Werte von 400 000 Mark zurückgegeben.

Spinnstuben und Burschenschaften.

Von Prof. Dr. H. Naumann*.

Man braucht Europa nicht zu verlassen, um das primitive Gemeinschaftsleben, d. h. das Leben der Träger einer noch individualismusloses Kultur lebendig kennen zu lernen. Auch bei uns bewahrt die bäuerliche Bevölkerung noch in vieler Beziehung den primitiven Gemeinschaftsgeist, dessen Reste auch in den Oberschichten der Nation noch hundertfältig weiterleben, und sie ist deshalb das Hauptobjekt der Volkskunde. Aber überwältigend geht einem etwa im europäischen Osten, z. B. unter litauischen Bauern, der Begriff der primitiven Gemeinschaft auf. Fahren die Bauern eines litauischen Dorfes nach dem nächsten Flecken zum Markt, so ziehen sie wie die Ameisen ihre Straße einer hinter dem anderen her. Und wie diese sind auch jene äußerlich für den Fremden nicht zu unterscheiden. Zu gleicher Barttracht, gleicher Haartracht, gleicher Kleidung gesellt sich auch ein gleicher Gesichtstyp und ähnliche Gestalt wie eine gleiche Körperhaltung. Die kleinen Schritten im Winter, die kleinen Wagen im Sommer, auf denen die litauischen Bauern sitzen, sind gleich. Vor sich haben sie alle die gleichen Pferdchen unter dem gleichen Geschirr, und hinter sich haben sie alle scheinbar die gleiche Frau, sitzend auf einem Bund Heu, den Kopf verhüllt, den Oberkörper in kurzem Schafspelz, den Unterkörper in leuchtend buntem Rock aus selbstgewebter Leinwand. Mehl, Eier und Käse bringen sie alle in gleicher Weise, in gleichen Gefäßen und Körben zum Verkauf, um Salz und Gewürze in gleicher Weise dafür einzuhandeln. In Rudeln stehen sie auf dem Markte herum, von einer Bewegung werden sie alle ergriffen, von den gleichen Absichten und Gedanken sind sie alle beseelt. Lacht einer, so lachen sie alle mit; schimpft einer, so tun sie alle das gleiche. Aber deutlich prägt sich in ihren Gesichtern und Gesten aus, wie nur das Neue und Ungewöhnliche ihr Interesse und ein reflexartiges Nachdenken erregt, alles andere ihnen völlig gleichgültig bleibt. Ihr Denken vollzieht sich gleichzeitig und bewegt sich in ausgefahrenen, gemeinsamen und unpersönlichen Geleisen. Sie denken in Rudeln und sie handeln in Rudeln. In Rudeln drängen sie sich alle in dieselbe primitive jüdische Kneipe, stehen darin herum, essen und trinken alle das gleiche. Und wie sie alle hintereinander zur gleichen Zeit auf dem Markt angekommen waren, so verschwinden sie auch alle hintereinander wieder zur gleichen Zeit, fahren im Gänsemarsch und in gleicher Gangart heim, um dieselbst in ihren außen wie innen vollkommen gleichen Gehöften ihr präsistorisch-primitives, gänzlich uniformes Leben weiterzuführen, das in derselben Wirtschaftsform, derselben Sprache und Sprechweise, derselben Liedern, denselben Anschauungen, demselben Wissen, denselben Festen, Sitten und Gebräuchen mit einer bis ins kleinste genauen Uebereinstimmung besteht. Aber in diesem Gemeinschaftsleben liegen die Grundlagen ihrer Kultur, liegt die Stärke und die Sicherheit jedes einzelnen, die ihm durchaus die Stärke und die Sicherheit einer eigenen Persönlichkeit ersetzt — solange er der Gemeinschaft verbunden ist. Isoliert man den einzelnen, so zeigt sich ein unausgeprägtes Zähbewußtsein, sein Mangel an Selbstvertrauen, so ist er verloren und verkümmert, während die Gemeinschaft ihrerseits den Verlust nicht allzu schmerzlich empfindet, da sie ihn leicht wieder ausgleichen kann. In diesen Stadien der Kultur ist noch niemand unersetzlich, weil es Individualitäten noch nicht gibt, weil es nur ein Gemeinschaftsvertrauen und ein Gemeinschaftsbewußtsein gibt. Der Gemeinschaft verleiht dieser Umstand eine solide unerschütterliche Stärke, die sich auf den einzelnen überträgt, der erst im Verein mit seiner Gemeinschaft wird, was er ist, und der sie erst Boden unter den Füßen gewinnt. Heimweh ist das primitive Gefühl des aus seiner Gemeinschaft gerissenen. Wie allgemein bekannt, liegen die nächsten Parallelen für alle diese Züge bei solchen Tieren, die in Gemeinschaft leben, und eben im Tierreich, bei Ameisen, Bienen, Affen und etwa in dem Leben und Treiben einer Biberkolonie, hat man daher ohne Scheu diese Parallelen zu suchen.

Arbeit und Geselligkeit führt die Gemeinschaft der Mädchen, den „Rosengarten", heute oft kirchlich organisierten Jungfrauenverein, zu ihren freilich mehr und mehr schwindenden Spinnstuben vom Spätherbst bis Lichtmeß oder Fastnacht zusammen, oder zu den Schwingabenden bei der Flachsbearbeitung oder zu gemeinsamem Bohnenschälen, Rübstielenmachen, Federnschleißen, Stricken, Nähen, Strohflechten, Spitzenklöppeln oder zur Ausschmückung der Kirche und der Fronleichnamsaltäre. Für die Volksdichtung, für Sage und Lied, waren diese Stuben („Mockenstuben") von ungemeiner Wichtigkeit. In vorgerückter Stunde erscheinen die Burschen; besondere Feiern, wie zu Weihnachten oder zum Abschluß, die „lange Nacht", finden statt, und der sittliche Standpunkt ist dann oft unversehens wieder der natürliche und unverhüllte, wie er in den Gemeinschaftshäusern der Jugendverbände primitiver Völker herrscht. Auch gemeinsames Tabakpflücken oder Sandholen der Frauen (Sandmenschen) zum 1. Mai zeitigt mit Tanz und Rausch oft orgiastische Bilder primitivster Kultur. Der primitive Trieb zur Bandenbildung führt die der Schule entwachsene männliche Jugend des Dorfes zu „Burschenschaften" und Burschenverbänden zusammen. Während die Organisation sonst nicht die Stärke niederer Gesellschaften ist, sind hier strenge Satzungen mit eigener Beamtenschaft, planmäßige Interessenverteilung, Selbstjucht und Sitte die Regel. Oft erweisen sich diese Burschenschaften mit ihrem feierlichen Aufnahmezeremoniell und der planmäßigen Beteiligung an den Festen und Kulten des Dorfes als Träger und Bewahrer der alten Gebräuche, doch haben sie in der Nähe von Universitätsstädten heute häufig studentische Sitte mit Farben, Bändern, Komment und Fuchsmajorat angenommen. Zuweilen halten sie ihre Zusammenkünfte noch in besonderen Männerhäusern ab, oder, wo solche nicht vorhanden sind, etwa im Gemeindebrennhaus. Die Burschenschaft erhebt gemeinschaftlichen Anspruch auf die Mädchen des Dorfes, sie verstegert oder verkauft dem Burschen die Ermählte seines Herzens für ein Jahr (Maichen); sie maßt sich eine strenge Gerichtsbarkeit an, sie ist oft das ausführende Organ und der Träger der Volksjustiz, wenn die Gemeinschaft einen gegen sie verstoßenden Uebeltäter, einen ihr unangenehmen Sonderling oder Eigenbrödler verfolgt. Sie veranstaltet also zum Beispiel in der Gegend zwischen Jlar und Inn jenes berüchtigte Haberfeldtreiben, das nächtliche Rügegericht, bei dem die verrummte Schar, wenn der Hafer herein ist, über die Felder unter rituellem Schweigen an das Haus des Verurteilten zieht, diesen unter Höllenlärm und Katzenmusik herausfordert und ihm durch den Mund des Habermeisters sein Sündenregister in Reimversen verkündet. „Tierjagen", „Kappeln", „Schafwari" sind weitere, rheinländische, Namen solcher Gemeindejustiz und parodierter Gerichtsverhandlungen, für deren Formen zum Teil die alte Fehme als Kulturgut von oben ihr Beispiel abgegeben haben mag.

Ein politischer Theaterskandal. Die bayrische Hauptstadt befindet sich augenblicklich im Zeichen eines politischen Theaterskandals. Am Münchener Staatsschauspielhaus wirkt seit Dezember 1921 als erster Regisseur Erich Engel, der zuvor Regisseur an den Hamburger Kammerspielen war und dort bekanntlich Schillers „Räuber" im modernen Gewande — Franz Moor mit Frack und Monokel — hat aufführen lassen. Im Staatstheater in München wird zurzeit der „Julius Caesar" neu einstudiert. Auf der Probe vor einer Massenszene hat Regisseur dem Personal gegenüber ungehörige Aeußerungen über Hindenburg getan. Die Organe des bayrischen Ordnungsblocks und der Vaterländische Verband haben vom Staatsministerium eine Untersuchung gefordert.

Stadttheater. Heute und Montag 7½ Uhr „Die versunkene Glocke" von Gerhart Hauptmann, Freitag geht die Oper „Mirjam" von Gounod erstmalig in Szene, Sonnabend 7½ Uhr „Polenblut", Operette von Nedbal, Sonntag 7½ Uhr „Bohème", Oper von Puccini. In Vorbereitung sind im Schauspiel: „Gabriel Schillings Flucht" von Gerhart Hauptmann und „Strom" von Max Halbe.

Im Thalia-Theater findet am Sonntag die Erstaufführung des Schwanks „So'n Windhund" unter Spielleitung von Richard Heilig statt. Ohne literarische Ambitionen, will dieses an komischen Situationen reiche und äußerst virtuose Lustspiel nicht mehr, als den Hörern durch seinen ergötzlichen Humor ein paar Stunden fröhlichen Genusses verschaffen. Die Aufführung beginnt 7½ Uhr. Karten im Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters und an der Abendkasse im Thalia-Theater.

* Aus dessen soeben erschienenen Buche: Grundzüge der deutschen Volkskunde. 156 Seiten. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221102011/fragment/page=0002